

Region

Rat verweigert Planungsamt mehr Personal

Genehmigungsstau bei Raumplanung Verzögerungen auf dem Raumplanungsamt verärgern bürgerlich regierte Landgemeinden. Die Bürgerlichen im Grossen Rat aber verweigern dem Amt mehr Ressourcen.

Stefan von Bergen

Der Ärger ist insbesondere in Landgemeinden gross. Weil auf dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) ein Genehmigungsstau herrscht, verzögern sich im Emmental und im Oberland zahlreiche Überbauungen und Ortsplanungen um Monate, ja bisweilen Jahre. Nun hätte der bernische Grosse Rat im Rahmen der Budgetberatung 2022 die Möglichkeit gehabt, dem überlasteten Amt mit einer personellen Aufstockung etwas Luft zu verschaffen. Er nahm sie nicht wahr.

Ein Aufstockungsantrag von SP-Grossrat Daniel Wyrsh wurde mit 95 gegen 51 Stimmen deutlich abgelehnt. Insbesondere die bürgerlichen Parteien und selbst die Grünliberalen sagten fast geschlossen Nein. Nur bei SP und Grünen stiess Wyrshs Antrag auf Gegenliebe. Auch sein Eventualantrag einer befristeten Stellenaufstockung scheiterte. Finanzdirektorin Beatrice Simon (Mitte) sprach sich ebenfalls gegen zusätzliche Ressourcen für das AGR aus. Bei der Budgetie-

rung vor zwei Jahren war sie noch dafür.

Fünf Stellen gefordert

Wyrsh hatte gefordert, im Kantonsbudget 2022 für zusätzliche fünf Stellen im AGR 600'000 Franken vorzusehen, für die Folgejahre 2023–25 dann je 800'000 Franken jährlich. «Das Amt selber rechnet aufgrund seiner hohen Geschäftslast mit einem zusätzlichen Bedarf von zeitweise 16 Stellen, ich habe nun bescheiden mal fünf Stellen gefordert», sagt Wyrsh auf Anfrage. Als früherer Gemeinderatspräsident von Jegenstorf wisse er, wie der Genehmigungsstau die Planung einer Gemeinde lähmen könne.

«Die Bürgerlichen wollen mit einem Nein womöglich den Druck erhöhen, damit das Amt seine Prozesse optimiert», vermutet Wyrsh. Das sei längst geschehen, erklärte Daniel Wachter, Amtsvorsteher des AGR, im November auf Anfrage dieser Zeitung. Die Zitrone sei ausgepresst. Die Revision des nationalen Raumplanungsgesetzes sowie des kantonalen Baugesetzes macht Genehmigungen laut



SP-Grossrat Daniel Wyrsh fordert vergeblich mehr Mittel für das Raumplanungsamt. Foto: Adrian Moser

Wachter komplexer. Die Geschäftslast des AGR habe in den letzten vier Jahren um 25 Prozent zugenommen, ohne dass die personellen Ressourcen angepasst wurden.

Ein Bürgerlicher enthielt sich immerhin der Stimme: Daniel Bichsel, SVP-Grossrat und Gemeindepräsident in Zollikofen. Als Präsident des Verbands Bernischer Gemeinden (VBG) vertritt

er die Kommunen im Kontaktgremium, das unter Leitung von Regierungsrätin Evi Allemann (SP) die Verfahren im AGR beschleunigen will. Gegenüber dieser Zeitung erklärte er: «Der

Grosse Rat muss über eine zumindest temporäre Personalaufstockung im AGR sprechen.»

«Ein Schlüsselamt»

Als SVP-Politiker sei er zwar gegen ein Aufblähen der Verwaltung, das AGR sei aber «ein Schlüsselamt». Wenn der Genehmigungsstau in den Gemeinden volkswirtschaftlichen Schaden anrichte, müsse man etwas tun.

Warum hat Bichsel den Aufstockungsantrag nicht unterstützt? «Zuerst müssen alle rechtlichen und organisatorischen Optimierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden», sagt er. Man solle jetzt auch den Bericht über Sofortmassnahmen im AGR abwarten, den der Regierungsrat aufgrund einer Motion von SVP-Grossrätin Anne Speiser angekündigt habe. «Eine personelle Aufstockung ist wirklich erst die Ultima Ratio», findet Bichsel.

Für Antragsteller Daniel Wyrsh aber ist klar: «Gemeindevertreter im Grossen Rat können sich nach ihrem Nein zu einer Aufstockung eigentlich nicht mehr beklagen über Verzögerungen im AGR.»